

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Dezember 2012

Ein Gegenwicht zum BIP

Seit zwei Jahren sucht der Bundestag nach einer Alternative zum Bruttoinlandsprodukt als Indikator für den Wohlstand unseres Landes. von Valerie Wilms

Jeder kennt den dicken roten oder grünen Pfeil: Keine Nachrichtensendung oder Zeitung verzichtet darauf, die jeweils aktuellen Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung zu veröffentlichen. Diese Pfeile sind eingängig und für jeden verständlich: Entweder geht es aufwärts oder abwärts mit der Wirtschaft. Viele schlussfolgern daraus eine Wohlstandsminderung oder eine Wohlstandsmehrung und man sieht förmlich die Sorgenfalten bei einem roten Pfeil bzw. strahlende Gesichter bei einem grünen.

Wachstum nicht zu mehr Wohlstand für alle führt. Im Gegenteil, es kommt überwiegend sogar nur einer elitären Schicht zugute. Es kann aber nicht Staatsziel sein, Wohlstand nur für eine kleine Minderheit zu propagieren. Seit einigen Jahrzehnten kritisieren Wissenschaftler deswegen die Fokussierung auf das Bruttoinlandsprodukt. Der Bundestag hat deshalb die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ eingesetzt. Ich sitze stellvertretend in dieser Kommission und diskutiere jetzt seit knapp zwei Jahren in

Kennziffern lassen sich nicht vergleichen, da der NWI viele Annahmen und Schätzungen enthält.

Deshalb halte ich es für wichtig, starke Gegengewichte zum BIP zu schaffen. Dabei sollten wir uns konzentrieren: So muss künftig das BIP pro Kopf genannt werden, um die Leistung des Einzelnen zu verdeutlichen. Zudem ist der ökologische Fußabdruck im Verhältnis zur Biokapazität ins Visier zu nehmen, der zügig und deutlich gesenkt werden muss. Um Wohlstand für alle zu schaffen, müssen wir uns auch die Einkommensverteilung anschauen. Und schließlich sollten wir die Bevölkerung regelmäßig zu ihrer Lebensqualität befragen.



Dr. Valerie Wilms
Sprecherin für Bahnpolitik,
Nachhaltigkeitsbeauftragte
und Berichterstatterin für
Maritime Politik
Bündnis 90/Die Grünen



Alternative zum BIP: Die Richtung vorgeben Foto: M.E./pixelio.de

Aber ist das tatsächlich so einfach? Die Eingängigkeit der Pfeile hat sicherlich zu deren Popularität beigetragen, aber viele bezweifeln, dass damit tatsächlich etwas über den Wohlstand unseres Landes ausgesagt wird. Das Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP ist der Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft hergestellt werden. Wird mehr produziert, zeigt der Pfeil nach oben. Selbst wenn mit diesem Wachstum die Treibhausgase steigen. Es ist inzwischen weithin anerkannt, dass in hoch entwickelten Volkswirtschaften weiteres

der entsprechenden Projektgruppe einen alternativen Wohlstandsindikator.

Am wirkungsvollsten wäre es sicherlich, wenn man vom BIP Schadensbehebungen, wie die Wiedergutmachung von Umweltkatastrophen abzieht, dafür aber beispielsweise ehrenamtliche Arbeit hinzurechnet. Hier wurde mit dem Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) ein gutes Instrument geschaffen. Für Schleswig-Holstein wurde dieser bereits berechnet. Auf den ersten Blick stehen wir damit besser da als mit dem BIP. Aber darin liegt auch das Problem, denn die beiden



QR-Code für mehr
Informationen bitte
scannen.

Wahlkreisbüro Wilms
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553985
Telefax 04101 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71682
Telefax 030 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

 www.valerie-wilms.de



„Grün macht Kinderrechte GROSS“

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention bin ich Pate für Artikel 27: angemessene Lebensbedingungen. Was passt da besser, als ein Besuch beim Kinderschutzbund in Husum? Im Hort bekommen die Kinder gesunde Mahlzeiten, Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung und spannende Erlebnisse mit Freunden während des Nachmittags. Einen Nachmittag lang durfte ich beim Plätzchen backen helfen (... und besonders beim Teig-Naschen). Neu ist, dass eine Dolmetscherin das unmittelbare Gespräch zwischen Eltern und Lehrern ohne Sprachbarriere ermöglicht. Dies erleichtert Kindern, Eltern und Lehrern die Zusammenarbeit als Team ungemein.

Brennpunkt Berufsanerkennung!

Mit dem Inkrafttreten des Bundesanerkennungsgesetzes vom April 2012 gibt es einen Rechtsanspruch auf Zugang zum sog. Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahren von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen für Berufe, die bundesrechtlich geregelt sind - unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder der Staatsangehörigkeit der Antragsstellenden. Das bedeutet aber noch nicht, dass diese Regelung für alle Berufe gilt. Denn erst mit Anpassung der landesrechtlichen Regelungen kann es zu einer Vereinheitlichung und beispielsweise einer Einbeziehung von Lehrkräften, Erzieher*innen und Ingenieur*innen kommen. Das Anerkennungsverfahren sieht folgenden Ablauf vor: Antragsprüfung, Feststellung der vollen Gleichwertigkeit der ausländischen Qualifikation mit dem deutschen Referenzberuf, oder die Feststellung einer Teilanerkennung, auf die dann im besten Fall die Nachqualifizierung folgt. Für die Nachqualifizierung werden zunehmend Anpassungslehrgänge und Sprachkurse aufgebaut.

Die Finanzierungsfrage stellt jedoch für viele Betroffenen eine unüberwindliche Hürde dar. „Und eine weiteres Dilemma versteckt sich hinter dem Paragraphen-

dschungel: die Frage des „partiellen Berufszuganges“. Deutlich wird dies am Beispiel Erzieher*in: Die Kommunen stehen mit dem Rechtsanspruch auf einen KiTApplatz ab August 2013 nicht nur vor finanziellen Herausforderungen, sondern auch vor einem Mangel an Personal. Die Anerkennung der Qualifizierung hier lebendender und im Ausland ausgebildeten Fachkräfte würde helfen, diese Situation zu bewältigen und den Menschen gleichzeitig die Perspektive geben, in ihrem gelernten Beruf arbeiten zu dürfen. Bei uns umfasst die Erzieher*innenausbildung die Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen von der Geburt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Eine Erzieherin, die beispielhaft in Russland ihre Ausbildung absolviert hat, möchte hier in ihrem gelernten Beruf in einer KiTa arbeiten. Da die Ausbildung in der Russischen Föderation aber nur auf den KiTabereich ausgerichtet ist, fehlt ihr die Komponente Jugendliche und sie müsste, bevor sie als Erzieherin in einer KiTa arbeiten könnte, einen zweijährigen Anpassungslehrgang absolvieren. Unser System ist blind für individuelle Lösungen, selbst zu Zeiten des Fachkräftemangels. Wir brauchen jetzt Erzieher*innen und nicht erst in einigen Jahren. Warum können wir nicht sagen, ihre Ausbildung für 0 – 6 jährige hat einen Stellenwert für sich? Leider sind wir

davon in Deutschland noch weit entfernt. Wir suchen in erster Linie nach Vergleichbarkeit und lassen uns dabei vom Wesentlichen ablenken. Die Frage muss nicht lauten: *Ist die Ausbildung der russischen Erzieherin eins zu eins vergleichbar mit der deutschen Ausbildung?*, sondern: *Ab wann ist jemand befähigt, eine gute Erzieher*in in einer Kindertagesstätte zu sein?* Wenn wir Anerkennung so herum denken, kann eine Anerkennungskultur daraus erwachsen. Denn dann denken wir vom Menschen her und nicht vom System.

Viele Grüße, Euer Arfst



Arfst Wagner
Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreisbüro Flensburg
Angelburgerstraße 66, 24937 Flensburg
Telefon 0461 505 380 13
Telefax 0461 505 380 14
arfst.wagner@wk.bundestag.de

Büro Kiel
Jungmannstr. 50, 24105 Kiel
Telefon 0431 557 82 62
Telefax 0431 557 82 24
arfst.wagner.ma04@bundestag.de

Büro Husum
Schückingstraße 8, 25813 Husum
Telefon 04841 39 33
arfst.wagner@wk2.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71500
Telefax 030 227-76063
arfst.wagner@bundestag.de

 www.arfst-wagner.de



Ein Gesellschaftsvertrag für das digitale Zeitalter

Am 20. Oktober fand der 2. Netzpolitische Kongress „Ein Gesellschaftsvertrag für das digitale Zeitalter“ der grünen Bundestagsfraktion in Berlin statt. Mit 400 Gästen diskutierten wir im Paul-Löbe-Haus, dem „Maschinenraum des Deutschen Bundestags“, über unsere grünen netzpolitischen Konzepte. Im Zentrum standen neben Begrüßung-

sreden von Renate Künast und mir, Podiumsdiskussionen mit Jürgen Trittin und Claudia Roth sowie insgesamt 18 Workshops, von denen die Hälfte von den TeilnehmerInnen selbst gestaltet wurde, die Keynotes der beiden netzpolitischen Vordenker Lawrence Lessig und Ben Scott.

Europäische Datenschutzreform unterstützen

Die Richtlinie, die den Datenschutz auf europäischer Ebene regelt, besteht seit 1995. Sie ist hoffnungslos veraltet. Angesichts von Facebook, Cloud-Computing und Big Data brauchen wir dringend einen neuen, europaweit geltenden Schutzrahmen. Wir brauchen hohe Standards nicht nur in Deutschland, sondern innerhalb der gesamten EU haben. Denn: Wem nützt das beste deutsche Datenschutzrecht, wenn beispielsweise Facebook einfach eine Niederlassung in Irland, dem Land mit den niedrigsten Datenschutzstandards in der EU gründet? Als Grüne begleiten wir die anstehende EU Datenschutzreform konstruktiv-kritisch. Wir freuen uns, dass Jan Philipp Albrecht der

zuständige Berichterstatter im Europäischen Parlament geworden ist und arbeiten eng zusammen mit ihm an einer Reform, die ihren Namen auch verdient. Die Bundesregierung sitzt im Bremserhäuschen und versucht in falscher verstandener Wirtschaftsfreundlichkeit besseren Datenschutz zu verhindern. In einem aktuellen Antrag fordern wir sie auf, sich endlich an der für unseren Grundrechtsschutz so wichtigen Debatte konstruktiv zu beteiligen.

Über 800 Artikel zu unseren netz- und innenpolitischen Aktivitäten findet Ihr in unserem Blog www.gruen-digital.de

Die Herausforderungen sind groß!

In ihren Reden zeigten Lessig und Scott eindrücklich die Notwendigkeit neuer progressiver Konzepte auf, die Antworten auf die durch Internet und Digitalisierung hervorgerufenen Umbrüche geben. Harvard-Professor Lessig mahnte eindringlich die Anpassung des Urheberrechts an digitale Realitäten an. Grabenkriege müssten überwunden und weiter an tatsächlichen Konzepten wie der Pauschalvergütung gearbeitet werden. Nur so sei ein gesellschaftlicher Interessenausgleich erreichbar. Scott, der bis vor kurzem für das amerikanische Außenministerium und Hillary Clinton internationale Netzpolitik organisierte, lobte die wichtige Vorarbeit, die die grüne Fraktion geleistet hätte und ermunterte dazu, weiterhin gemeinsam für eine gerechte und moderne Wissensgesellschaft zu arbeiten. Als grüne Bundestagsfraktion nehmen wir von diesem erfolgreichen und spannenden Kongress eine zentrale Herausforderung mit: Wir brauchen einen Gesellschaftsvertrag für das digitale Zeitalter und wir Grüne müssen ihn gestalten.



Dr. Konstantin von Notz, Innen- und Netzpolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen

Breite Beteiligung erwünscht!

Dabei werden wir auch zukünftig all diejenigen einbeziehen, die sich an der Suche nach den Antworten für einen Gesellschaftsvertrag für das digitale Zeitalter beteiligen wollen. Die Videos aller Reden, die Audiomitschnitte der Workshops, die Folien der Vorträge und Fotos vom Kongress findet Ihr auf unserer Kongressseite

www.gruene-bundestag.de/nk12

Wahlkreisbüro von Notz
Marktstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 830700
Telefax 04542 9854886
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72122
Telefax 030 227-76822
konstantin.notz@bundestag.de

www.von-notz.de